

Die Katholiken in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland

Von Heinz Hürten

Die Geschichte steckt auch für den, der sich in ihr auszukennen meint, voller Überraschungen; so dürfte es vielen politisch und historisch interessierten Zeitgenossen fremd sein, daß zwischen der Bundesrepublik Deutschland – nach Niemoellers zornigem Wort »im Vatikan gezeugt und in Washington geboren« – und der katholischen Kirche keineswegs von Anfang an ein Verhältnis vollständiger Harmonie bestand, daß ein so wichtiger Zeuge wie P. Ivo Zeiger im Jahre 1949 die politische und kirchenpolitische Zukunft der jungen Demokratie sehr skeptisch betrachtete und daß die Bischöfe dieses Staates gegen unser Grundgesetz in aller Form Rechtsverwahrung eingelegt haben. Es war also keineswegs ausgemacht, daß die Katholiken innerhalb weniger Jahre »die eigentlichen Entdecker der Bundesrepublik als einer neuen politischen Heimat« wurden¹ und diesen Staat als beste Verkörperung politischer Gemeinschaft der Deutschen im 20. Jahrhundert betrachteten. Es handelte sich vielmehr um einen nicht immer störungsfreien und manchmal sogar schmerzlichen Prozeß, der ungeachtet aller schließlichen Erfolge seinen Preis hatte, der nicht ganz vergessen werden sollte.

Die Ausgangslage, von der aus den Katholiken eine Position in Politik und Gesellschaft eines künftigen Deutschlands zu erringen möglich war, läßt sich kennzeichnen einmal durch das hohe Ansehen, die moralische Autorität, die der Kirche aufgrund ihrer Haltung in der nationalsozialistischen Zeit zugewachsen war. Sie ist erst um 1960 im Zusammenhang mit der durch R. Hochhuth ausgelösten Diskussion so rasch abgebaut worden, daß aus demselben Sachverhalt, der vordem Grund für hohe Anerkennung gewesen war, der nahezu umgekehrte Schluß gezogen wurde, und Kritik an der Kirche, nicht Achtung vor ihrer Leistung, seit dieser Zeit gängige Münze geworden ist, welche auch oftmals den Erwartungshorizont bei Tagungen und Akademiegesprächen präformiert.

Mit ihrer Wertschätzung durch die Öffentlichkeit korrespondierte innerhalb der Kirche ein in den vorangegangenen Jahren gewachsenes Bewußtsein ihrer gesamtgesellschaftlichen, nicht mehr auf die Hirtenpflicht gegenüber den Gläubigen beschränkten Verpflichtung, die sich nicht zuletzt in der Anerkennung menschlicher Grundrechte als Basis jeglicher sozialen und politischen Ordnung manifestiert. Ihre Durchsetzung als grundlegende Normen staatlichen Lebens bot auch – so wiederum Ivo Zeiger – die Chance für eine befriedigende Gestaltung der Beziehungen von Staat und Kirche im westlichen Deutschland. Auf der anderen Seite besaß die Kirche weitaus weniger Instrumente zur Beeinflussung der Mechanik demokratischer Willensbildung als früher. Die Zentrumspartei, spät gegründet, konnte der interkonfessionellen CDU nicht mehr erfolgreich Konkurrenz machen, die Lizenzierung der Presse durch die Alliierten ließ – mit der Ausnahme des *Rheinischen Merkurs* in Koblenz – keine

1 Gerhard Schmidtchen, Protestanten und Katholiken. Soziologische Analyse konfessioneller Kultur. Bern/München 1973, S. 245.

katholische Tages- oder Wochenpresse entstehen, und das trotz mancher Krisen vor 1933 machtvolle Gebilde der katholischen Verbände und Christlichen Gewerkschaften kehrte nicht mehr im alten Umfang wieder. Den Bischöfen schien die in der nationalsozialistischen Zeit angelegte Organisation der Seelsorge, die Gliederung des Kirchenvolkes nach »Naturständen« mit ihren jeweiligen »Bischöflichen Hauptarbeitsstellen« als seelsorgstaktischem Führungsinstrument offensichtlich auch für die Aufgaben der Zukunft mit ihren veränderten Bedingungen ausreichend. Es bedurfte einer Initiative Pius' XII., um wenigstens dem Wiederaufbau der KAB (Katholische Arbeiter-Bewegung) überall das bischöfliche Wohlwollen zu sichern.

In dieser Ausgangslage zeichnete sich die Fortsetzung einer Entwicklungslinie ab, die sich schon in der Weimarer Zeit bemerkbar gemacht hatte, nämlich das zunehmende Hervortreten der kirchlichen Leitungsorgane gegenüber den aus freier Koalition entstandenen Gruppierungen und Aktionszentren des deutschen Katholizismus. Ein besonders auffälliges Merkmal für die fortschreitende Veränderung in dieser Richtung bildete die Aktivität des Kölner Prälaten Wilhelm Böhler, des langjährigen Leiters des *Katholischen Büros* in Bonn, das zum Vorbild für die Bildung entsprechend organisierter katholischer Büros in den Bundesländern wurde. Anstelle der in einer katholischen Partei zusammengeschlossenen Laien nahmen amtliche Kirchenvertreter die kirchlichen Interessen wahr. So wurden Böhler und sein Nachfolger zu Vermittlern (und darum auch zu Mitgestaltern) der kirchlichen Zielsetzungen gegenüber Regierungen und Parteien, von denen keine mehr in Anspruch nehmen konnte, von sich aus den Willen der Kirche in der Politik zur Geltung zu bringen. Der Verlust des alten Instrumentariums zwang die Kirche, mit ihren amtlichen Vertretern selbst zum Partner des politischen Gesprächs zu werden. Ob dieser Zwang von den Beteiligten als ein solcher oder sogar schmerzhaft empfunden worden ist, dürfte jedoch zu bezweifeln sein.

Eine wichtige Etappe in der Bildung des neuen Verhältnisses von Kirche und Staat war die Verfassungsgebung in Bund und Ländern gewesen. Sie hatte gezeigt, daß trotz aller Hochschätzung der Kirche in der Öffentlichkeit ihre kulturpolitischen Zielsetzungen – wo nicht wie in Bayern ihre Übernahme sich zur Demonstration überlieferter Eigenstaatlichkeit benutzen ließ – auf hartnäckigen Widerstand der sozialdemokratischen und liberalen Parteien stießen, die sich dabei durchaus nicht immer auf den Willen der Gesamtheiten ihrer Wähler stützen konnten, so daß etwa die Volksabstimmung über die Verfassung in Nordrhein-Westfalen eine weit höhere Zustimmungquote erbrachte, als es der Stimmenzahl der sie tragenden Parteien CDU und Zentrum entsprach. Auch das Grundgesetz enthielt wegen des Widerstands von SPD und FDP weder die vollständige Anerkennung des Elternrechtes noch die des Reichskonkordats. Die Bischöfe blieben aus solchen Gründen lange im Zweifel, ob sie sich nicht überhaupt gegen seine Annahme aussprechen sollten. Ihre Erklärung vom 23. Mai 1949² ließ für das Verfassungsleben der jungen Republik nicht viel Gutes erwarten. Die Bischöfe betrachteten nämlich das Grundgesetz »nur als ein vorläufiges (...), das baldigst einer Ergänzung« bedürfe. »Wir werden den Kampf um die Gewissensfreiheit und volles Elternrecht nicht einstellen (...) Auf diese Forderung können und wollen

2 Druck jetzt bei Wolfgang Löhr (Bearb.), *Hirtenbriefe und Ansprachen zu Gesellschaft und Politik 1945-1949* (Dokumente deutscher Bischöfe I). Würzburg 1985, S. 311-316.

wir (...) unter keinen Umständen verzichten.« Sie erklärten weiter, ihnen sei »ein Kampf aufgezwungen, der zu vermeiden gewesen wäre«, die Nichtberücksichtigung der kirchlichen Forderungen bedeute »ein gefährliches Spiel mit dem Frieden unseres Volkes«.

Daß die Katholiken bei solchen Startbedingungen sich nicht in eine innere Emigration zurückzogen, sondern sich die junge Republik überraschend schnell zu eigen machten, ist wohl nicht nur darauf zurückzuführen, daß das Grundgesetz, wie Konrad Adenauer dem Kölner Kardinal Frings vortrug, trotz aller Mängel für das deutsche Volk einen unschätzbaren Gewinn darstellte, der nicht aus grundsätzlichen Bedenken preisgegeben werden durfte, sondern mehr noch weil die Katholiken durch die CDU/CSU in eine für diesen Staat höchst verantwortungsvolle Position traten, die in den folgenden Bundestagswahlen immer wieder bestätigt wurde. Als Zentrumsparterie hätten sich die Katholiken in einen Schmollwinkel unerfüllbarer kulturpolitischer Desiderate zurückziehen können, nicht aber als Mehrheitsgruppe innerhalb der CDU/CSU, die im Bund wie in den Ländern der Regierungsverantwortung prinzipiell nicht ausweichen konnte. Der Verantwortung für das Ganze nicht auszuweichen, war aber eine Grundüberzeugung des damaligen deutschen Katholizismus, eindrucksvoll formuliert auf dem ersten Katholikentag nach dem Kriege 1948 in Mainz durch den Präsidenten Herder-Dorneich in dem dort ausgesprochenen Bekenntnis der deutschen Katholiken zu ihrer politischen und moralischen Schuld an der Vergangenheit. Die Wiedergutmachung dieser Schuld sollte gerade nicht durch Rückzug in politische Abstinenz, sondern durch Engagement für eine bessere politische Ordnung erfolgen. So geschichtslos, so ohne Reflexion über die Vergangenheit, wie man oft lesen kann, ist der Neuaufbau unserer politischen Ordnung nicht angegangen worden.

Die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, die in ihren Anfangsjahren maßgeblich durch die in der CDU/CSU tätigen Katholiken bestimmt wurde, muß hier nicht wiederholt werden. Sie war die beste Bestätigung für die Ansicht, daß eine noch so berechtigte Kritik an den kulturpolitischen Mängeln des Grundgesetzes nicht ausreichte, um den Wert dieser Verfassung für die Deutschen in Frage zu stellen. Wenn es auch nie gelungen ist, die kulturpolitischen Defizite des Grundgesetzes vollständig wettzumachen, und die Frage des Elternrechtes eine offene Wunde blieb, bis die Kirche schließlich auf seine Verwirklichung verzichtete, erhielt die Kirche eine Stellung im Staatskirchenrecht, die weit günstiger war als die durch die Weimarer Verfassung fixierte. Für die Tiefe dieses Wandlungsprozesses ist es aufschlußreich, daß ein äußeres Faktum, an dem er besonders eindeutig abzulesen ist, aus dem Bereich der Evangelischen Kirche und der SPD stammt. Es war die sozialdemokratisch geführte Landesregierung von Niedersachsen, die mit der evangelischen Kirche jenen epochemachenden Vertrag von Loccum abschloß, dessen Präambel die neue Stellung der Kirche im politischen Leben der Bundesrepublik Deutschland in beispielhafter Weise formulierte.³

Wichtiger für das öffentliche Bewußtsein war die durch den Erfolg der CDU im Bund eröffnete Möglichkeit, Politik zu gestalten und dabei Gesichtspunkte der katholischen Staats- und Soziallehre in beachtlichem Maße zur Geltung zu bringen. In

3 Der Kirchenvertrag von Loccum (19. März 1955) betonte ausdrücklich die »gemeinsame Verantwortung« von Staat und Kirche und bejahte den »Öffentlichkeitsauftrag« der Kirche.

den Anfangsjahren war die Überwindung der materiellen Not durch staatliche Sozialpolitik ein unabweisbares Gebot, und die sozialpolitische Tradition der deutschen Katholiken machte ihnen die Mitgestaltung leicht. Eigentumsbildung, Mitbestimmung, Familienförderung, Sozialreform gehören zu den Schwerpunkten der von den Katholiken mit großem Erfolg bearbeiteten Aufgabenfelder. Es genügt, die Namen Höffner, Nell-Breuning, Gundlach zu erwähnen, um den Einfluß zu kennzeichnen, den die katholische Soziallehre auf die sozialpolitische Praxis der Bundesrepublik Deutschland in diesen Jahrzehnten gewann. Ein Indiz für die starke Wirkung katholischen Denkens in jener Zeit ist auch darin zu sehen, daß ein erstmals in der Enzyklika *Quadragesimo anno* 1931 begrifflich gefaßtes Theorem, das Subsidiaritätsprinzip, als Gesichtspunkt zur Gestaltung praktischer Politik Eingang in die öffentlichen Debatten fand.

Der Anteil der Katholiken an der Gestaltung der Politik in Westdeutschland blieb jedoch nicht beschränkt auf deren alte Domänen, Kultur- und Sozialpolitik, sondern griff weit darüber hinaus. Auf nahezu allen Gebieten der Staatstätigkeit sind Wirkungen ihres neuartigen Engagements in der jungen Republik nachzuweisen. Sie waren es, die den stabilen Kern jener Mehrheit bildeten, welche die Politik Adenauers möglich machte. Sie haben insbesondere die Westintegration, die Wiederbewaffnung und auch die Ausstattung der Bundeswehr mit atomaren Trägerwaffen gefördert oder durch ihre mehr oder weniger ausdrückliche Zustimmung möglich gemacht. Beachtlich ist schließlich ihr Beitrag zur Verfassungspolitik.

So wird man den Katholiken ein erhebliches Maß an Verantwortung für die Gestaltung und den späteren Weg des Staates Bundesrepublik Deutschland zumessen dürfen. Ohne ihren Beitrag sähe dieser Staat anders aus. Dennoch wird man nicht davon ausgehen können, daß es jemals eine Phase gegeben habe, in der katholischer Einfluß schrankenlos gewaltet hätte, mögen nichtkatholische Zeitgenossen auch gelegentlich von solchen Alpträumen geplagt worden sein. Die Machtstellung der Katholiken innerhalb und außerhalb des Parlaments war auch in Zeiten absoluter Mehrheiten für die CDU/CSU begrenzt durch die Notwendigkeit, ihre Vorstellungen dem evangelischen Partner in der Union und darüber hinaus einer Öffentlichkeit zu vermitteln, der ein solcher Einfluß von Katholiken fremd und befremdlich war. Die Einrichtung des Familienministeriums (1953) markierte die Grenzen des von den Katholiken Durchsetzbaren. Die vom *Katholischen Büro* des Prälaten Böhler ausgehenden Bemühungen, bei der Novellierung des Personenstandsgesetzes (1957) die Katholiken von der staatlichen Verpflichtung zur standesamtlichen Trauung und damit von der Peinlichkeit zu befreien, diesem Vorgang im Gewissen lediglich Wirksamkeit für die bürgerlich-rechtlichen Folgen ihrer Ehe zuzuerkennen, die sie erst durch späteren Akt vor dem Altare begründen, scheiterten an der Weigerung des evangelischen Unionspartners. Die Reichweite der Gestaltungsmöglichkeit der neuen Demokratie aus katholischen Prinzipien war hier überdehnt worden. Das Gespenst des kanonischen Rechtes genügte, um eine sachlich unschädliche, religiösen Bedenken Rechnung tragende und damit im eigentlichen Sinne liberale Lösung zu blockieren. Es wuchsen nicht nur die Bäume einer absoluten CDU/CSU-Mehrheit nicht in den Himmel, wie H.-P. Schwarz vor einiger Zeit geschrieben hat, sondern auch nicht die Palmen der politisch engagierten Katholiken.

Es wäre wohl falsch, den Anteil der Katholiken am Leben der Bundesrepublik

Deutschland allein danach zu bemessen, was an spezifisch katholischen Zielsetzungen durchgesetzt oder verfehlt worden ist. Vielmehr gewannen sie in einem erheblichen Maße Anteil am gesamtgesellschaftlichen Diskurs und wuchsen stärker in die sie umfassende Gesellschaft hinein.

Bei solchen Überlegungen darf freilich nicht außer Betracht bleiben, daß es von früh an Kreise gegeben hat, die bei unbezweifelbarer katholischer Identität den Weg der Mehrheit kirchentreuer Katholiken mitzugehen bereit waren. Trotz gelegentlicher Konsolidierungsversuche, vor allem in der Diskussion um die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, ist es niemals zur eigentlichen Ausbildung eines Linkskatholizismus gekommen. Die kritischen Mahner und Warner vor dem Mehrheitskurs übten ihre nicht geringe, meist publizistische Wirkung gleichsam vom Rande dieser Mehrheit her, nicht durch das Angebot einer realisierbaren Alternative. Dagegen kam es zu einem starken Abbau der Hemmnisse, die bislang den Beitritt gläubiger Katholiken zur SPD erschwert hatten, die sich ihrerseits um den Preis der Verdammung zu ewiger Opposition im Bundestag für Katholiken wählbar machen mußte. Die »Äquidistanz« beider Volksparteien zur Kirche, die zeitweise in Reichweite zu liegen schien, ist nie erreicht worden. Die unerwartet einsetzende Regeneration des Spätmarxismus und die Konflikte um die Reform des Strafrechts – um nur zwei manifeste Vorgänge zu erwähnen – haben die zeitweise lockerer gewordene Verbindung zwischen den amtlichen Vertretern der Kirche und den C-Parteien wieder fester werden lassen.

Aber auch diese blieben nicht dieselben, die sie 1949 gewesen waren. Es gibt zweifellos Erscheinungen, welche die Bindung der gläubigen und praktizierenden Katholiken an diese Parteien nicht mehr im gleichen Maße wie früher als von der Sache her selbstverständlich erscheinen lassen. Die periodisch wiederkehrenden Diskussionen um die Bedeutung des »C« im Namen der Partei geben zu erkennen, daß von der 1945 herrschenden Stimmung eines Aufbruchs gemeinsamer »christlicher Verantwortung« nicht viel mehr ausgegangen ist als ein einmaliger, allerdings geschichtsmächtiger Anstoß. So erscheint die parteipolitische Zukunft der deutschen Katholiken in einer fernerer Zeit nicht vorhersehbar. Aber auch die Zielsetzungen der Katholiken für die Gestaltung von Staat und Gesellschaft haben einen Wandel erfahren. Das lange gegen viele Argumente gehaltene Reformideal der Berufsständischen Ordnung, das aus der Enzyklika *Quadragesimo anno* stammte, ist durch *Mater et Magistra* stillschweigend aus dem Verkehr gezogen worden. War die Berufsständische Ordnung immer nur ein Fernziel gewesen, dessen Realisierung nie den Gegenstand aktueller Politik abgegeben hatte, so war die Veränderung in der Einstellung zur Schulfrage von unmittelbaren Auswirkungen auf die politische Praxis. Bei den wegen des Fehlens entsprechender Regelungen im Grundgesetz in die Länder verlagerten Auseinandersetzungen um Elternrecht und Bekenntnisschule hatten die Bischöfe sich lange Zeit auf die Bereitschaft der Eltern verlassen können, für die Durchsetzung dieser Ziele auf die Straße zu gehen. Die Katholiken haben das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit hierfür weidlich ausgenutzt. Im Laufe der sechziger Jahre war diese Haltung jedoch einer raschen Erosion ausgesetzt, die von den Bischöfen nicht ignoriert werden konnte. Das Interesse der Eltern an der Bekenntnisschule ließ rasant nach. Dies ließ sich deutlich ablesen, wo – wie in München – alljährlich durch die Eltern die Schulform für die Schulneulinge bestimmt wurde. Waren es bei den jährlichen Schuleinschreibungen in München 1951 83,6% aller katholischen Eltern gewesen, die

sich für die Bekenntnisschule aussprachen, so erreichten ihre Befürworter 1965 nur noch 48,7%, obwohl der Diözesanbischof, Kardinal Döpfner, an der Unverzichtbarkeit der bekenntnisgebundenen Schule keinen Zweifel hatte aufkommen lassen. Die durch die Einführung der Hauptschule aufgrund des Hamburger Abkommens von 1964 bedingte Aufhebung der konfessionellen Gliederung des Schulwesens, wo diese überhaupt bestanden hatte, vollzog sich deshalb fast ohne Schwierigkeiten. Von der Erklärung der Bischöfe aus dem Jahre 1949, auf diese Forderung niemals zu verzichten, war nicht viel übriggeblieben. Damit war auch ein Streitpunkt aus der Welt geschafft, der die Beziehungen der Kirche zu manchen Landesregierungen, aber auch der Katholiken zur SPD erheblich belastet hatte. Es lebte sich leichter ohne die Bekenntnisschule. Ein Defizit, das bei der Formulierung des Grundgesetzes geblieben war, wurde auf diese Weise beseitigt, aber um den Preis eines Verzichts, den man 1949 nicht für denkbar gehalten hätte.

Der Wertwandel in unserer Gesellschaft, der sich innerhalb des katholischen Volksteiles an diesem Beispiel manifestiert, wurde einige Jahre später im Zusammenhang mit den großen juristischen Reformvorhaben der sozial-liberalen Koalition als ein Krisenpunkt unserer Gesellschaft deutlich, da sich nun zeigte, daß die aus der Ablehnung von Nationalsozialismus und Stalinismus gewonnene Gemeinsamkeit in fundamentalen Werten, welche das Grundgesetz und damit die Bundesrepublik Deutschland geformt hatte, ausgelaugt ist. Damit stehen Ethos und Einheit der pluralistischen Gesellschaft auf dem Spiel. Hier dürfte eine der größten Aufgaben liegen, welche den deutschen Katholiken als Staatsbürgern für die Zukunft gestellt ist. Mag die Debatte um die Grundwerte als publizistisches Ereignis auch abgeklungen sein, die Fragestellung selbst ist durchaus offen. Ob die Katholiken ihrem Staat diesen Dienst jedoch werden leisten können, wird man noch nicht ohne weiteres bejahen dürfen. Denn sie selbst scheinen, wie auch das Beispiel der Bekenntnisschule zeigt, von diesem Wandel ergriffen, und es fragt sich darum, wieweit sie selbst sich von der Gesellschaft noch unterscheiden, die ihrer sittlichen Ordnung unsicher geworden ist. Dies ist vielleicht die Frage, an der sich die Zukunft unseres Staates entscheiden wird. Sie reicht freilich über das Feld des politischen Engagements hinaus, das bislang unser Gegenstand war.

Der außerhalb der christlichen Parteien von den Katholiken geübte Einfluß auf die deutsche Gesellschaft läßt sich naturgemäß noch weniger mit einigen Sätzen zutreffend nachzeichnen, nicht nur wegen der Vielzahl der hier zu berücksichtigenden Faktoren, sondern auch wegen der weit geringeren Zuverlässigkeit in der Zuschreibung bestimmter Ereignisse und Vorgänge zu den verursachenden und bedingenden Aktionen.

Als eine allgemeine Tendenz läßt sich vielleicht konstatieren, daß Mitgestaltung der Gesellschaft durch die Katholiken weniger durch Ausbildung einer möglichst umfassenden katholischen Binnenkultur im Rahmen der nationalen Gesellschaft erstrebt worden ist als durch gleichberechtigte Teilnahme an gesamtgesellschaftlichen Institutionen. Die von den Alliierten verhinderte Bildung Christlicher Gewerkschaften und einer katholischen Tagespresse ist nur von bemerkenswert geringen Kräften später zu revidieren versucht worden. Die Teilnahme an der Einheitsgewerkschaft ist demgegenüber von gewichtigen Stimmen des deutschen Katholizismus ausdrücklich bejaht worden. Gegenläufige Bestrebungen, den Einfluß der Katholiken durch eigene

Organisationen zu sichern, waren meist dem Vorwurf ausgesetzt, sich in ein »Ghetto« zurückzuziehen und auf Wirkung in der Welt verzichten zu wollen. Das Gegenargument, daß, was nicht organisiert sei, auch nicht gesellschaftlich wirksam werden könne, ist in dieser Diskussion insgesamt wohl weniger rezipiert worden. So haben die Verbände, die nach und nach doch wieder erstanden, nie wieder ihr altes Ansehen und auch nie wieder ihren alten Einfluß gewonnen. Ihnen blies der Wind der liturgischen Bewegung und des Parochialismus ins Gesicht, die nach »Einheit vom Altar aus« strebten und eine Aufsplitterung der eucharistischen Gemeinschaft durch weltliche Organisation besorgten. Daß das II. Vatikanische Konzil in seinen Texten von den tradierten Verbänden nach dem Modell des deutschen Katholizismus keine Notiz nahm, hat deren Position weiter erschwert. Es war schon in der Phase gründlicher Ernüchterung über die vordem gehegten kirchlichen Zukunftshoffnungen, als Kardinal Döpfner 1976 sagte, »daß die unentbehrliche Funktion der Verbände in den vergangenen zwei Jahrzehnten von der Kirche nicht gebührend gewürdigt und unterstützt worden«⁴ sei. Aber diese kirchenamtliche Wertschätzung kam zu spät, um noch eine grundlegende Veränderung zu bewirken. Denn die so sehr gepriesene »Offenheit« der Katholiken hatte nicht nur zu einem Abbau trennender Schranken, sondern zu einer Nivellierung des eigenen Bewußtseins, zu einer Integration in die Gesamtgesellschaft geführt, die einer neuen katholischen Gruppenbildung wenig günstig war. Die Auflösung des katholischen Sozialmilieus ist ein Faktum, dem durch kirchliche Strategien wohl kaum entgegengewirkt werden kann. Ein »Lehrstück« dieser Art war das kurzlebige, aber lange nachwirkende Unternehmen *Publik*. Dieser Wochenzeitung gelang es trotz aller Bemühungen und Empfehlungen nicht, eine ausreichende Zahl von Bezieher zu finden, und nicht etwa deshalb, weil dieses Blatt nach Inhalt und Aufmachung Assoziationen an katholischen Lebensformen erregt hätte, die dem damals noch fest vom Fortschritt überzeugten modernen Menschen unsympathisch sein mußten. Viel eher dürfte der zeitaufgeschlossene Katholik, den sich diese Zeitung als Leser wünschte, kein Bedürfnis nach einem Organ empfunden haben, das die Einschmelzung der katholischen Sonderexistenz innerhalb der nationalen Gesellschaft zu demonstrieren sich anschickte. Da las er *Die Zeit* lieber gleich im Original. Nur wenig später stellte die traditionsreiche katholische Monatsschrift *Hochland* ihr Erscheinen ein. Die Leserschaft, die sich dieses Blatt über die Zäsur der nationalsozialistischen Zeit hinweg hatte erhalten und erneuern können, war zu gering geworden, um eine ausdrücklich als katholisch firmierende Kulturzeitschrift am Leben zu erhalten. Der Versuch einer für zeitgerecht gehaltenen Umwandlung in ein eher linksstehendes und weltanschaulich weniger eindeutiges Organ scheiterte rasch. Auch für das *Neue Hochland* gab es anscheinend keine ausreichende Zahl von Lesern mehr, die Modernität (nach damaligem Empfinden) mit Erinnerungen an eine katholische Tradition, so unverbindlich sie auch geworden sein mochte, noch verknüpfen wollte. Dagegen gelang bemerkenswerterweise eine andere Zeitschriftengründung, welche die Tradition des untergegangenen *Hochland* weiterführen wollte: die *Internationale katholische Zeitschrift Communio* des im vergangenen Jahr verstorbenen Franz Greiner. Der Unterschied zum *Hochland* ist freilich auf den ersten Blick unübersehbar. Hatte *Hochland* ungeniert den Titel geführt: *Zeitschrift für alle Gebiete des*

4 In: Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Berichte und Dokumente 28, S. 11.

Wissens und der Schönen Künste und dieses Programm zu einem guten Teil auch verwirklicht, so ist *Communio* weit mehr auf Fragen des kirchlichen Lebens und der Theologie konzentriert, als dies bei *Hochland* je der Fall war. Es fragt sich, ob in dem Scheitern vom *Hochland* und in dem Erfolg von *Communio* mehr gewirkt hat als nur Zufälligkeit, ob nicht darin ein Bewußtseinswandel der deutschen Katholiken zum Ausdruck kommt, der vielleicht auch an anderen Beispielen studiert werden könnte: die Konzentration auf Theologie und innerkirchliches Leben, zwangsläufig verbunden mit einem Verlust an Auseinandersetzung mit der Welt.

Für eine solche Hypothese spricht auch die Entwicklung wichtiger kirchlicher Instrumente zur Gestaltung der öffentlichen Meinung und des gesellschaftlichen Lebens. Die in der Nachkriegszeit sehr weitgehende und nie ganz überwundene Distanz des Publikums zu den katholischen Verbänden alter Art sollte ja niemals Verzicht auf Weltgestaltung ausdrücken, sondern nur die Preisgabe der dafür als ungeeignet eingeschätzten Methoden. Als ein neuartiges und geeignetes Mittel hierzu galten vielfach die freie Bildungsarbeit und die Katholischen Akademien, die mit einiger Verzögerung nach dem evangelischen Vorbild gegründet wurden. Diese, oft als Stätte des Dialogs von Kirche und moderner Welt gekennzeichnet, sind formell kirchliche, manchmal direkt diözesane Anstalten. Auch wenn sie von Laien geleitet werden, sind sie unzweifelhaft Organe der Kirche, deren Leitung und Verantwortung sie unterstehen. Mit der Offenheit ihrer Tagungen erreichen sie viele, die zur Kirche nur ein lockeres, vielleicht gar kein Verhältnis mehr besitzen; aber sie erzielen keine Integration. Sie führen zur Diskussion zusammen, aber nicht zur Lebensgestaltung und zum Handeln. Bemerkenswert in unserem Zusammenhang erscheint nun, daß diese neue und unzweifelhaft erfolgreiche Form der Einwirkung auf das öffentliche Bewußtsein Ausfluß unmittelbar kirchenamtlicher Tätigkeit ist. Die Kirche als Trägerin von Initiativen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung ist auch an Beispielen wie der *Katholischen Filmliga* oder dem *Familienbund der deutschen Katholiken* erkennbar. Die Bemühungen um die Garantie eines moralischen Mindeststandards in dem zeitweilig tonangebenden Medium Film oder um die Förderung der Familie in der Industriegesellschaft waren Ausdruck solcher Absichten zur Weltgestaltung, aber sie gingen aus Beschlüssen der Bischöfe hervor, nicht aus einer Initiative des Kirchenvolkes.

Auch die wichtigste Umgestaltung in der Organisation der Gläubigen entsprang einer Entscheidung der kirchlichen Führung. In den Jahren nach dem II. Vatikanischen Konzil entstanden die Räte als Gremien der Mitverantwortung des Kirchenvolkes. Man hat die Zahl der Angehörigen der Räte auf etwa 200 000 in der Bundesrepublik Deutschland geschätzt, ein erheblicher Teil der aktiven Kräfte ist also hier integriert, ohne allerdings sich zu geballter Kraft zusammenzuschließen. Denn die Räte auf den höheren kirchlichen Ebenen sind ja nicht einfach als Delegierte der unteren Räteorgane zu verstehen. Die Räte sind ein Beiwerk zur kirchlichen Struktur, diese ist es, die ihre Existenz gewährleistet. So kann man die Ausbildung des kirchlichen Rätessystems als Abschluß einer Entwicklung ansehen, welche die ursprünglich aus eigener Spontaneität im 19. Jahrhundert entstandene Laienbewegung schrittweise der kirchlichen Hierarchie unterstellt und den kirchlichen Sozialformen in Pfarrei und Diözese angeglichen hat. Eindrucksvollstes Beispiel für die Umgestaltung der Laienaktivität war die Gemeinsame Synode der deutschen Bistü-

mer in Würzburg. Diese ist unter historischem Gesichtspunkt besonders aufschlußreich, weil die Synodalisierung des Laienelements eine keineswegs neue Forderung war. Der bedeutende Tübinger Moraltheologe J. B. Hirscher hat sie im Jahre 1849 in kritischer Auseinandersetzung mit den als »kirchliche Privatvereine« verstandenen Organisationen der anhebenden Laienbewegung verlangt. Aber die nächste Generalversammlung der Piusvereine, die damalige Form der Katholikentage, hat sich 1849 energisch gegen die Hirschersche Absicht verwahrt, sie »ins Kirchenregiment einzuschmuggeln«. Die Synode und die Räte bedeuten, wenn auch in kirchenrechtlich einwandfreier Legalität, exakt eben diese früher von diesen selbst abgelehnte Beteiligung der Laien an der Kirchenleitung.

Der Ausdruck »Verkirchlichung« für diese Entwicklung mag theologischen Einwänden begegnen, aber er ist dem Historiker als Bezeichnung von betroffener Seite akzeptabel und zudem recht handlich. Dem kirchlichen Charakter der Räte und anderer kirchlicher Organisationen entspricht naturgemäß und zwangsläufig eine spezifische Grenzbestimmung ihres Aufgabenfeldes, das eben nicht weiter reichen kann als die Kompetenz der Kirche. Dieser Sachverhalt wird auch nicht dadurch verändert, daß sie sich als Laienorgane verstehen. Wo die Laien als Kirche handeln, stehen sie unter anderen Bedingungen als dort, wo sie auf ihre eigene Verantwortung als Privatleute tätig werden. Das II. Vatikanische Konzil hat dies ausdrücklich (wenn auch in anderem Zusammenhang) bestätigt. Darum bedeutet diese »Verkirchlichung« der Organisationen und Institutionen zugleich auch eine Einschränkung von Kraft und Weite der Aktion. In der Zentrumspartei konnte und mußte man befinden über Flotte und Kolonien, Parlamentarisierung und Wehrstruktur. Ein Pfarrgemeinderat ist dafür schlicht inkompetent. Man mag in Katholischen Akademien mit höchster Sachkompetenz über alles in der Welt reden, eine Weisung, eine nichtkirchliche Angelegenheit so und nicht anders anzugehen, wie ein Verband es – gestützt auf den Willen seiner Mitglieder – beschließen mag, kann von ihnen ebensowenig ausgehen wie von den Räten.

Mit dieser Wendung nach innen, zum kirchlichen Leben, als Dominante gegenwärtigen katholischen Engagements hängt wohl auch zusammen, daß man so oft die Redewendung »in unseren Gemeinden« antrifft, als ob diese der ausschließliche Ort christlicher Verwirklichung seien. Die Intensivierung des pfarrlichen Lebens, man denke nur an die fast überall üblichen Pfarrfeste, bindet sicherlich Kräfte, die sonst nach außen wirken könnten, und wer zu solchen Aktivitäten keinen Anschluß findet und ein bloßer »Dominikant« bleibt, der seine Aufgabe darin sieht, wie es das II. Vaticanum auch einmal sagt, in der Gestaltung der Dinge dieser Welt »das Reich Gottes zu suchen«, allein auf sich gestellt in seinem Metier und deshalb außerhalb des Blickfeldes von Räten und Gemeinden, den kann leicht das Gefühl beschleichen, von der auf sich selbst konzentrierten »Kerngemeinde« ausgeschlossen und ein Christ zweiter Güte zu sein.

Von diesem innerkirchlichen Vorgang her wird es erklärlich, daß die Gestaltung der uns umgebenden Gesellschaft in der Gegenwart nicht gerade im Mittelpunkt der katholischen Aufmerksamkeit zu stehen scheint. Die Katholiken leisten jedoch Erhebliches, vor allem im Rahmen der kirchlichen Werke. Es genügt an *Adveniat*, *Misereor* oder *Missio* zu erinnern, sämtlich formell bischöfliche Unternehmungen. Auf der anderen Seite vermischen sich Aktivitäten ursprünglich katholischer Inspira-

tion mit nichtkatholischen, wie dies im Falle von *Pax Christi* und der Friedensbewegung der Fall sein dürfte. Drängende gesellschaftliche Probleme wie Umwelt, Arbeitslosigkeit, Drogen, neuerdings Aids finden zwar in den kirchenamtlichen Verlautbarungen, zu denen man auch die des darin sehr fruchtbaren Zentralkomitees rechnen muß, ihre gebührende Berücksichtigung, und die zuständigen kirchlichen Institutionen stellen dafür Referenten ab. Aber spontane Initiativen aus dem breiten Kirchenvolk der mündigen Laien treten demgegenüber deutlich zurück. Es scheint auch kein eigentlich katholisches Proprium im gesellschaftlichen Engagement erkennbar zu sein. Wollen die Katholiken heute lediglich dasselbe, was auch alle Gutgesinnten wollen? Vor dem Hintergrund des Schwindens gemeinsamer Grundwerte der Gesellschaft würde die Bejahung dieser Frage Grund zu besonderem Nachdenken geben. Außerhalb des kirchlichen Lebens tun sich jedenfalls Katholiken heute leichter mit nicht-katholischen Gruppierungen zusammen als früher. Rotarier zu sein, ist für einen Katholiken entsprechenden sozialen Zuschnitts nichts Außergewöhnliches mehr, dem *Katholischen Akademikerverband* anzugehören, ist jedoch eher die Ausnahme als die Regel. Mitglied des *Roten Kreuzes* zu werden, ist weitaus üblicher als der *Vinzenz-Konferenz* oder dem *Elisabethenverein* beizutreten. Die lange als fehlend beklagte Integration der Katholiken in die Gesellschaft scheint nahezu abgeschlossen. Sie hat offenbar ihren Preis in einer weitgehenden inneren Angleichung an die Gesellschaft, im Verlust an katholischer Eigenart außerhalb des religiös-kirchlichen Bereichs. Darum ist es eigentlich nicht mehr überraschend, daß von den Katholiken so wenig *erkennbare* Impulse zur Gestaltung unserer Gesellschaft in der Gegenwart ausgehen, die über den Rahmen einer freilich weitgefaßten Aufgabenstellung der Kirche hinausgehen, und es erhebt sich die Frage, ob die Katholiken sich nicht wieder stärker von der sie umgebenden Gesellschaft abheben müssen, wenn sie aus ihrem Eigensein, aus ihrer Bindung an Evangelium und Kirche auf unsere Gesellschaft wirken wollen, die nach dem berühmten Wort von Ivo Zeiger vom Jahr 1948 als Missionsfeld gilt.

Das Christusbild des jungen Goethe

Von Curt Hohoff

Man hat sich gewundert, daß in der Faustdichtung der frühen wie der späten Zeit Unvereinbares nebeneinander steht und besteht. Im Sinne der aristotelischen Einheit ist das Drama nicht zu begreifen. Die Einheit liegt im dichterischen Ergebnis: Jeder Impuls ist so stark, daß er überzeugt. Goethes Sprache ist in ihrer Spontaneität produktiv. Die Einheit liegt also nicht in der Handlung, in der Befolgung von Regeln oder in der kunsttheoretisch damals so wichtigen »Nachahmung der Natur«. Die aus der Inspiration genährte Sprache der Poesie war von Hamann als Muttersprache, als Ursprache bezeichnet worden. Herder hatte Hamanns biblisch genährte Spekulation über das Wort, Gottes Rede an die Menschen, nie recht verstanden und auch nicht